



Grünes Bündnis  
Postfach 6411  
Neubrückestrasse 17  
3001 Bern  
Tel. 031 301 82 09  
Fax 031 302 88 78  
info@gbbern.ch  
www.gbbern.ch  
PC 30-37923-6

# gb.links

- Geld und Güter in der Stadt Bern
- EURO 08: Vom Sportevent zum finanzpolitischen Fiasko
- Das GB gratuliert und dankt



## Die Einheitspolizei «Police Bern» sorgt für eine stossende Ungleichbehandlung

### Diskriminierung konkret: «Police Bern» belastet Bern und Biel

lehnten «Police Bern» ab. Heute zeigt sich, dass die Skepsis mehr als berechtigt war.

**Unentgeltliche Leistungen für die Kleinen**  
Gemäss den vorliegenden Informationen führt «Police Bern» zu einer massiven Ungleichbehandlung zwischen kleinen/mittleren Gemeinden einerseits und den grossen Städten andererseits. Gemeinden mit weniger als 15 (bzw. max. 50) gemeindepolizeilichen Interventionen pro 1000 Einwohner sollen künftig keine Kosten für den polizeilichen Service zu tragen haben. Für 80% der Berner Gemeinden soll die Einheitspolizei also unentgeltliche Leistungen erbringen. Für die 15 grössten Gemeinden gilt hingegen ein progressiver Tarif. Je mehr polizeiliche Dienstleistungen beansprucht werden, um so höher ist der Ansatz. Während die ersten fünf bei der Einheitspolizei eingekauften Personalstellen mit je 100 000 Franken verrechnet werden, kostet eine solche ab der sechsten Personalstelle 110 000 Franken.

**Bern und Biel tragen die Hauptlast**  
Mit Ausnahme von Bern und Biel beschäftigt keine Gemeindepolizei mehr als 12 Mitarbeitende; bei diesen Gemeinden fällt der unterschiedliche Tarif kaum ins Gewicht. Bei der Stadtpolizei Bern mit ihren rund 600 Angestellten und der Stadt Biel mit ca. 100 Mitarbeitenden wird dies aber teuer. Der Gemeinde Bern entstehen durch diese Ungleichbehandlung Mehrkosten von rund 6 Mio. Franken pro Jahr – oder anders formuliert: Die Overheadkosten der neuen «Police Bern» werden durch die Städte Bern und Biel finanziert, während 80% der Gemeinden keinen Rappen für die polizeilichen Dienstleistungen übernehmen.

stadt beispielsweise zentrale Austragungsstätte für Kundgebungen, regionale Grossveranstaltungen und internationale Sportanlässe jeglicher Art ist (und notabene auch die Zeche für die abgeschaffte Billettsteuer bezahlen muss). Einheitspolizei muss auch Einheitlichkeit bei der Kostenverteilung bedeuten. Noch völlig unklar ist zudem, was die Einheitspolizei für die Steuerungsmöglichkeiten der einzelnen Gemeinden und vor allem der Hauptstadt Bern bedeuten wird. Die Befürchtungen, dass es wegen der Einheitspolizei zu einem Abbau und einer Verschlechterung von Leistungen kommen wird, sind noch längst nicht ausgeräumt. Das Grüne Bündnis wird den weiteren Prozess deshalb sehr kritisch begleiten.

**Dringender Korrekturbedarf**  
Es ist unverständlich und falsch, dass die besonderen Belastungen der grossen Städte im Polizeibereich mit den abgestuften Tarifen von «Police Bern» nun in Beton gegossen werden. Bern darf nicht dafür bestraft werden, dass es als Haupt-

Blaise Kropf,  
Grossrat GB/JA!

Teure «Police Bern» für StädterInnen?!

Ab 2008 soll es im Kanton Bern nur noch eine Polizei, die «Police Bern», geben. Doch der vorliegende Konzeptentwurf für die Einheitspolizei ist hoch brisant. Wird «Police Bern» auf der heutigen Basis umgesetzt, werden der Stadt Bern jährlich Mehrkosten von mindestens 6 Mio. Franken überbürdet. Das ist ungerecht! Wenn schon eine Einheitspolizei, dann braucht es auch bei den Kosten gleich lange Ellen.

Im Herbst 2003 forderte der Grosse Rat, dass die Gemeindepolizeien in die Kantonalpolizei zu überführen seien. Sämtliche polizeilichen Aufgaben seien künftig von einem einheitlichen, kantonalen Polizeikorps wahrzunehmen. Das Grüne Bündnis widersetzte sich diesem Ansinnen aus demokratie- und polizeipolitischen Überlegungen. Auch in der Stadt Bern regte sich Widerstand: Sämtliche Parteien

**AZB 3000 Bern 1**  
Grünes Bündnis, PF 6411, 3001 Bern  
An Post: Bitte Adressänderung nicht melden.

## gb.links

● Sa, 17.12., 12 Uhr, Heiliggeistkirche, Bern: **Aktion gegen Sexismus in der Werbung und im öffentlichen Raum.** Grosse Verleihung des Goldenen Phallus – Welche Werbung gewinnt das Rennen um Diskriminierung und Geschmacklosigkeit? Organisiert von dafne – das feministische netz bern.

● Di, 10.1., 19.30 Uhr, Rest. Jardin, Militärstrasse 38, Bern. **Podiumsdiskussion: «Eine stinkende Abfallfabrik oder ein Vorteil für alle?»** Mit: Regula Rytz, Gemeinderätin; Beat Hunziker, Leiter Abfallentsorgung; Edwin Haas, Dialog Nordquartier; Arnold Baertschy, IG Nordquartier; Stefan Hügli, Komitee gegen den Entsorgungshof; Stefan Jordi, Komitee für den Entsorgungshof.

Gesprächsleitung: Daniel Vonlanthen, Der Bund. Veranstalter: Dialog Nordquartier, Mitwirkungsorgan für Stadtteil V.

● Di, 17.1., 19 Uhr, Tell, Ostermundigen. Vortrag von Peter Stutz, Präsident gfl Emmental zum Thema Energie: **Minergie-Initiative, Senkung des Energiebedarfs und -verbrauchs, KW0+ Grimsel.** Anschliessend Publikumsdiskussion.

## gb.tipp



## Retraite des Grünen Bündnis in Kippel, 14./15. Januar 2006

Das Kippeldatum 2006 steht fest und wir freuen uns, wenn du auch wieder dabei sein wirst oder neu zum ersten Mal mitkommst. Auf dem Diskussionsprogramm stehen die politischen Schwerpunkte des GB im Jahr 2006 und die Perspektiven für das GB auf kantonaler Ebene. Dazwischen wird ein Jass geklopft, die Natur genossen oder ein Gläschen Wein getrunken.

Einfach den Talon ausfüllen und ans GB-Sekretariat zurückschicken oder ein Mail an info@gbbern.ch schreiben. Anmeldeschluss ist der 17. Dezember.

*Das Grüne Bündnis wünscht allen gb.links-LeserInnen eine besinnliche und erholsame Weihnachtszeit und einen guten Rutsch ins 2006.*

**Talon**

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

e-mail: \_\_\_\_\_

- Ich melde \_\_\_\_\_ Person(en) für **Kippel 2006** an.
- Ich möchte **Mitglied** werden beim **Grünen Bündnis**. Bitte schickt mir weitere Unterlagen.
- Ich möchte **SympathisantIn** werden beim **Grünen Bündnis**. Bitte schickt mir Unterlagen.
- Ich möchte mich **aktiv engagieren** beim **Grünen Bündnis**. Bitte nehmt mit mir Kontakt auf.

**Impressum**  
Redaktionsschluss gb.links 1/2006: 5. Januar.  
Redaktion: Anne Wegmüller, Natalie Imboden.  
Satz und Druck: Genossenschaft Widerdruck, Bern. Lithos: Genossenschaft Graphix, Bern.

## gb.bewegt

**Frauenpolitik**  
Kontakt: Olivia Schweingruber, frauenpolitik@gbbern.ch  
**Ökologie**  
Kontakt: Martina Dvoracek, oekologie@gbbern.ch

**Internationales und Migration**  
Kontakt: Stefanie Gass, internationales-migration@gbbern.ch  
**Bildung**  
Kontakt: Corinne Schärer, bildung@gbbern.ch

**Nationale Politik**  
Kontakt: Anne Wegmüller, Tel. 031 301 82 09  
**Leitender Ausschuss**  
Mittwoch, 4. Januar, 20 Uhr, GB-Sekretariat

# Geld und Ghüder



Künftig kann der Abfall in 18 Quartierentsorgungsstellen ökologisch getrennt werden.

**In Bern stehen die Zeichen auf Abfallpolitik: Die Direktion von Gemeinderätin Regula Rytz setzt das verabschiedete Abfallkonzept zügig um. Es entstehen neue Quartierentsorgungsstellen unter dem Boden. Letzten Mai hat auch das neue Abfallreglement die Abstimmungshürde genommen. Ein erneut durch bürgerliche Kreise ausgelöstes Referendum stellt nun den Entsorgungshof Bern Nord in Frage. Das ist nicht nur Obstruktion. Es geht um Geld und Ghüder (-Marktanteile).**

Im Jahr 2004 wurden rund 62 500 Tonnen Abfall entsorgt. Vor allem in den vier städtischen Entsorgungshöfen wachsen die angelieferten Mengen rasant; seit 1998 haben sie sich mehr als vervierfacht. Die bestehenden Höfe sind dieser Entwicklung nicht mehr gewachsen. An ihren jetzigen Standorten können sie nicht wirtschaftlich betrieben und auch nicht erweitert werden. Die Kosten für die Abfallentsorgung steigen, aber die Erträge aus den Gebühren

und dem Verkauf von Wertstoffen bleiben konstant. Seit 2001 kann die Abfallentsorgung nicht mehr kostendeckend arbeiten, obwohl dies gesetzlich vorgeschrieben ist. Die Millionendefizite wachsen von Jahr zu Jahr.

Der Entsorgungshof Nord soll auf die Sortierung der Wertstoffe Papier, Karton, Kunststoff, Pet, Metall, Alu und Glas und deren Abtransport mehrheitlich per Bahn spezialisiert werden. Angestrebt wird eine ökonomisch organisierte, ökologisch ausgerichtete städtische Abfallentsorgung für Bevölkerung und Kleingewerbe. Für den geplanten Entsorgungshof wurde mit dem Areal Wankdorffeldstrasse 92-96 ein guter Standort gefunden. Die Öffnungszeiten sind kundenfreundlich. Die Annahmestellen in geschlossenen Hallen stellen sicher, dass die Nachbarschaft nicht durch Lärm- und Geruchsemissionen belästigt wird. Das bestehende Bürohaus und die beiden Werkhallen können dabei weiter verwendet werden. Die Gebäude Wankdorffeldstrasse 96 und 96A sollen jedoch abgebrochen und durch eine neue Halle ersetzt werden. Der Entsorgungshof Nord könnte gemäss Zeitplanung im August 2007 seine Tore öffnen. Der zweite grosse Hof soll dann im Westen Berns entstehen. Liegenschaftserwerb und Planungskredit belaufen sich auf drei Millionen Franken. Über diese wird abgestimmt. Die Kosten für die spätere Realisierung des Entsorgungshofs Nord werden auf insgesamt 17 Mio Franken geschätzt. Eine entsprechende Baukreditvorlage wird den Stimmberechtigten zu gegebener Zeit unterbreitet. Soweit das konkrete Projekt, dem

das GB zustimmen kann. Den Anliegen der Quartierbevölkerung bezüglich Verkehr, Lärm und Immissionen muss im konkreten Projekt Rechnung getragen werden.

Um was geht es noch? Eine Veranstaltung des GB vom letzten Oktober machte klar, dass Entsorgung nicht nur Müll transportieren heisst, sondern auch Wiederverwertung und zunehmend eine lukrative Sache ist. Die Stadt Bern hat alles Interesse daran, den Bereich der Sortierung und Trennung auch selbst betreiben zu können, um damit bessere Marktpreise mit diesen Sekundärrohstoffen zu erzielen als heute. Diese Einnahmen garantieren eine ökologische Entsorgung und helfen die öffentlichen Defizite decken. Mit der Sortierung kann die Stadt höherwertige Sekundärrohstoffe erzeugen, die nicht nur auf dem Schweizer Markt, sondern auch auf dem internationalen Markt verkauft werden können. Da damit die von der Recycling-Industrie verlangte Qualität erreicht werden kann, ist die Stadt nicht mehr auf die Vermittlung durch den Zwischenhandel angewiesen. Der private Entsorgungsmarkt wird durch immer weniger, aber immer grössere Händler beherrscht. Grosse Konzerne buhlen auf dem europäischen Markt um Anteile und diktieren den Gemeinden die Preise. Dieser Entwicklung kann mit dem Entsorgungshof Nord etwas entgegengesteuert werden.

Stéphanie Penher,  
Regionalkoordinatorin VCS Bern,  
AG Ökologie



## Auch an der Uni Bern: Gleichstellung jetzt

Seit zwei Jahren studieren an der Uni Bern etwas mehr Frauen (52%) als Männer (48%). Allerdings verringert sich der Frauenanteil gegen oben stetig: Ende 2004 waren nur knapp 11% der ordentlichen Professuren mit Frauen besetzt. Die Ursachen der Untervertretung von Frauen sind bekannt: Fehlende Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zu lange Qualifikationszeiten, fehlende Vorbilder und mangelnde Identifikation mit den universitären Strukturen und den Forschungsinhalten. Seit 1995 ist das «Reglement für die Gleichstellung von Frauen und Männern der Universität Bern» in Kraft. Es soll zu einem ausgewogenen Verhältnis der Geschlechter in sämtlichen universitären Bereichen beitragen. Es verlangt von den Fakultäten, Pläne zur Frauenförderung zu erstellen. Diese enthalten Angaben über den Prozentsatz der angestrebten Erhöhung des Frauenanteils im betreffenden Bereich sowie über die beschlossenen Massnahmen, welche den strukturellen Benachteiligungen von Frauen entgegenwirken sollen. Leider können Fakultäten nicht zur Umsetzung des Reglements gezwungen werden. Die Förderpläne werden oft verspätet oder nicht eingereicht, enthalten schwammige oder utopische Zielvorgaben und ein paar stichwortartig aufgeführte Vorgehensweisen. Dass die Ziele so nur selten erreicht werden, erstaunt nicht. Es braucht seriöse Förderpläne mit Zielvorgaben und Massnahmen, mit welchen die gesetzten Ziele auch tatsächlich erreicht werden können. Nur so kommt auch an der Uni Bern die Gleichstellung voran!

Sarah Gerhard, Studentin,  
Vorstand StudentInnenschaft Uni Bern

## gb.gratulationen

Wir gratulieren dem **GB Köniz** ganz herzlich zum grandiosen Wahlerfolg! **Rita Haudenschild** wurde in die Könizer Exekutive gewählt. Auch bei den Parlamentswahlen haben die Grünen zugelegt: **Liz Fischli**, **Urs Maibach** und **Hansueli Pestalozzi** vertreten das Grüne Bündnis im Könizer Parlament. Es zeigt sich einmal mehr, dass sich unermüdetes Engagement für grüne und soziale Anliegen ausbezahlt.

Herzlich gratulieren möchten wir auch **Maria Iannino** vom Grünen Bündnis, welche nur ganz knapp die Wahl in die Exekutive von **Wohlen** verpasst hat und den ersten Ersatzplatz auf der Liste SPplus belegt.

## gb.stadtrat

**Martina Dvoracek** tritt auf Ende Jahr aus dem Stadtrat zurück. Nach 3 1/2 Jahren engagierter Stadtratsarbeit hat sich die Geografin und Mobilitätsfachfrau aus beruflichen Gründen zum Rücktritt entschieden. Die Arbeit von Martina Dvoracek hinterlässt nachhaltige Spuren: so geht die Einführung von Mehrwegbechern an Grossveranstaltungen auf einen Vorstoss von ihr zurück. Auch dass Bern künftig vier autofreie Sonntage erhält, verdanken wir ihrem Engagement. Das Grüne Bündnis dankt Martina herzlich für ihre wertvolle und kompetente Arbeit im Stadtrat und wünscht für die Zukunft alles Gute.

Nachfolgerin wird **Stefanie Arnold** (1976). Sie war Vorstandsmitglied der Jugendpartei Junges Uri und hat sich für die Lancierung einer Volksinitiative für das Stimm- und Wahlrecht von AusländerInnen, aber auch für feministische Anliegen eingesetzt. In Bern hat sie sich neben dem Studium in Religionswissenschaften kulturpolitisch engagiert, insbesondere beim Filmfestival QUEER-SICHT. Das GB wünscht der neuen Stadträtin einen guten Start!

## regierungsratswahlen

Das Grüne Bündnis unterstützt die Regierungsratskandidatur von **Bernhard Pulver** (GFL) und gratuliert ihm zu seiner Nomination. Das rotgrüne Wahlziel sind drei Sitze und eine Abfuhr an die arrogante 6er-Liste der bürgerlichen Parteien.

## EURO 08

# Bundesbern darf nicht länger alleine bestimmen!

**Der Bundesrat ist überzeugt davon, dass die EURO 08 aus standortpolitischer Sicht ein Anlass ist, welcher sich «gut in das Portfolio des «Eventmarketings» der grossen Schweizer Städte einfügt». Am 19. Juni 2002 herrschte im Nationalrat selten grosse überparteiliche Einigkeit: Anita Fetz (SP): «Das Geld ist nicht so entscheidend, es handelt sich ja um einen minimalen Betrag.» Brigitta Gadiet (SVP): «Der Betrag ist nicht besonders hoch, aber er kann unendlich viel auslösen.» Heiner Studer (EVP): «Wir stehen zusammen, wenn es um eine zentrale Frage unseres Staatswesens geht. Fussball ist eine zentrale Frage.»**

Kein Wunder deshalb: Mit 114 JA- gegen 7 Nein-Stimmen überwies die NationalrätInnen die Botschaft über «Beiträge und Leistungen des Bundes an die Fussball-Europameisterschaft 2008 (EURO 08)». Demnach sollte der Bund an die budgetierten Organisationskosten von insgesamt

120 Millionen Franken höchstens 3,5 Mio und die Kantone und Gemeinden insgesamt 7 Mio Franken leisten. Dieser etwas eigenartig anmutende Kostenteiler findet seine gesetzliche Grundlage im «Bundesgesetz über die Förderung von Turnen und Sport». Der Bundesrat kann Sportanlässe von weltweiter oder gesamteuropäischer Bedeutung in der Schweiz unterstützen, «sofern sich die Kantone mit einem mindestens doppelt so hohen Beitrag daran beteiligen». Obwohl also die Mitfinanzierung der Kantone eine Bedingung ist, hat es der Bundesrat nicht für nötig befunden, diese von Anfang an formell in den Prozess miteinzubeziehen. Auch die ParlamentarierInnen waren sich offensichtlich zu wenig bewusst, dass hier einmal mehr national etwas beschlossen wird, das dann vor allem regional ausgetragen werden muss.

Vorausschauend hat das GB im Herbst 2004 Vorstösse eingereicht, sowohl im National-

rat als auch im Berner Grossen Rat und im Stadtrat. Zusätzlich hat das GB grüne KollegInnen in Basel, Zürich und Genf aufgefordert nachzufragen, wie es bei ihnen um die Kostenverteilung – Bund, Kanton, Städte, Fussballverband – und um Konzepte für Umweltschutz, Verkehr, Öffentlichkeitsarbeit, Alkoholprävention, Fanarbeit und (Sprach-)Schulung der Polizei steht.

Mittlerweile droht die EURO 08 zum finanzpolitischen Schreckgespenst zu werden. Regelmässig berichten die Medien über neue Finanzberechnungen. Bei Redaktionsschluss stand das Kostenbarometer bei 203 Mio, davon alleine 65 Mio für den Bereich Sicherheit. Den Gewinn hingegen, der erfahrungsgemäss in zwei- bis dreistelliger Millionenhöhe ausfallen wird, verteilen die privaten Organisatoren unter sich (UEFA, SFV und ÖFB), die UEFA ist gegen jegliche Beteiligung an Sicherheitskosten vertraglich abgesichert.



... auf dass Fussball die schönste Nebensache der Welt bleibe...

Für das GB drängt sich nebst der, in diesen Tagen präsentierten Zusatzbotschaft eine eigentliche Lex EURO auf, die aber nicht von Bundesbern alleine bestimmt werden darf. Kantone und Austragungsstädte müssen zwingend mitentscheiden können, wenn uns die Fussball-Europameisterschaft in der Schweiz und in der Stadt Bern auf allen Ebenen in nachhaltig guter Erinnerung bleiben soll.

Catherine Weber,  
Stadträtin GB



Grüne Biel  
Les Verts Bienne  
PF/cp 665  
2500 Biel/Bienne  
www.gb-aves.ch  
PC/ccp 25-7401-7

# gb.links

→ le forum

→ vert ♀ social

→ Grüne Biel Les Verts Bienne



**Die Einheitspolizei «Police Bern» sorgt für eine stossende Ungleichbehandlung**

## Diskriminierung konkret: «Police Bern» belastet Bern und Biel

lehnten «Police Bern» ab. Heute zeigt sich, dass die Skepsis mehr als berechtigt war.

### Unentgeltliche Leistungen für die Kleinen

Gemäss den vorliegenden Informationen führt «Police Bern» zu einer massiven Ungleichbehandlung zwischen kleinen/mittleren Gemeinden einerseits und den grossen Städten andererseits. Gemeinden mit weniger als 15 (bzw. max. 50) gemeindepolizeilichen Interventionen pro 1000 Einwohner sollen künftig keine Kosten für den polizeilichen Service zu tragen haben. Für 80% der Berner Gemeinden soll die Einheitspolizei also unentgeltliche Leistungen erbringen. Für die 15 grössten Gemeinden gilt hingegen ein progressiver Tarif. Je mehr polizeiliche Dienstleistungen beansprucht werden, um so höher ist der Ansatz. Während die ersten fünf bei der Einheitspolizei eingekauften Personalstellen mit je 100 000 Franken verrechnet werden, kostet eine solche ab der sechsten Personalstelle 110 000 Franken.

### Bern und Biel tragen die Hauptlast

Mit Ausnahme von Bern und Biel beschäftigt keine Gemeindepolizei mehr als 12 Mitarbeitende; bei diesen Gemeinden fällt der unterschiedliche Tarif kaum ins Gewicht. Bei der Stadtpolizei Bern mit ihren rund 600 Angestellten und der Stadt Biel mit ca. 100 Mitarbeitenden wird dies aber teuer. Der Gemeinde Bern entstehen durch diese Ungleichbehandlung Mehrkosten von rund 6 Mio. Franken pro Jahr – oder anders formuliert: Die Overheadkosten der neuen «Police Bern» werden durch die Städte Bern und Biel finanziert, während 80% der Gemeinden keinen Rappen für die polizeilichen Dienstleistungen übernehmen.

### Dringender Korrekturbedarf

Es ist unverständlich und falsch, dass die besonderen Belastungen der grossen Städte im Polizeibereich mit den abgestuften Tarifen von «Police Bern» nun in Beton gegossen werden. Bern darf nicht dafür bestraft werden, dass es als Haupt-

stadt beispielsweise zentrale Austragungsstätte für Kundgebungen, regionale Grossveranstaltungen und internationale Sportanlässe jeglicher Art ist (und notabene auch die Zeche für die abgeschaffte Billettsteuer bezahlen muss). Einheitspolizei muss auch Einheitlichkeit bei der Kostenverteilung bedeuten. Noch völlig unklar ist zudem, was die Einheitspolizei für die Steuerungsmöglichkeiten der einzelnen Gemeinden und vor allem der Hauptstadt Bern bedeuten wird. Die Befürchtungen, dass es wegen der Einheitspolizei zu einem Abbau und einer Verschlechterung von Leistungen kommen wird, sind noch längst nicht ausgeräumt. Das Grüne Bündnis wird den weiteren Prozess deshalb sehr kritisch begleiten.

Blaise Kropf,  
Grossrat GB/JA!

Teure «Police Bern» für StädterInnen?!

Ab 2008 soll es im Kanton Bern nur noch eine Polizei, die «Police Bern», geben. Doch der vorliegende Konzeptentwurf für die Einheitspolizei ist hoch brisant. Wird «Police Bern» auf der heutigen Basis umgesetzt, werden der Stadt Bern jährlich Mehrkosten von mindestens 6 Mio. Franken überbürdet. Das ist ungerecht! Wenn schon eine Einheitspolizei, dann braucht es auch bei den Kosten gleich lange Ellen.

Im Herbst 2003 forderte der Grosse Rat, dass die Gemeindepolizeien in die Kantonalpolizei zu überführen seien. Sämtliche polizeilichen Aufgaben seien künftig von einem einheitlichen, kantonalen Polizeikorps wahrzunehmen. Das Grüne Bündnis widersetzte sich diesem Ansinnen aus demokratie- und polizeipolitischen Überlegungen. Auch in der Stadt Bern regte sich Widerstand: Sämtliche Parteien

### AZB 3000 Bern 1

Grünes Bündnis, PF 6411, 3001 Bern  
An Post: Bitte Adressänderung nicht melden.

### Was sich BielerInnen im Verkehr wünschen

## «Rücksicht, Ruhe, Respekt, Anstand»

**Am 22. September, am internationalen Aktionstag «In die Stadt ohne mein Auto», haben die Grünen auf dem Zentralplatz bei der Bevölkerung nachgefragt, wo ihr in Sachen Verkehr in Biel der Schuh drückt. Neben vielen spannenden Diskussionen – es hat sich wieder einmal gezeigt, dass gerade der Verkehr für viele ein grosses Problem ist – haben einige im Rahmen eines Wettbewerbes ihre ganz persönlichen Verkehrsprobleme und auch Lösungen dafür aufgeschrieben.**

Manche BielerInnen sind mit dem Verkehr in Biel rundum zufrieden: Jemanden stört «überhaupt nichts». Es sei in Biel viel besser als in anderen Städten. Als schlechtes Beispiel wird Genf genannt. Und eine andere Bielerin fand: «Ich habe im Moment nichts einzuwenden. Danke.» Doch bei vielen drückt der Schuh, bei manchen massiv, bei anderen punktuell. Ganz allgemein stören sich die Leute am Umfang des Verkehrsaufkommens, seien dies Autos, Velos oder (zu wenig) Busse. Gerade an neuralgischen Punkten wie dem Bahnhof, in der Nidaugasse oder auf dem Zentralplatz liegt manches im Argen: Die Situation vor dem Bahnhof etwa bereitet vielen Kopferbrechen. Von «Bahnhofplatz-



Chaos» wird geschrieben. Für jemand anderen ist der Bahnhof Biel «für alle eine Katastrophe während Stosszeiten». Viele wünschen sich Unter- oder Überführungen für FussgängerInnen oder gar ein totales Fahrverbot für den Individualverkehr. Inwieweit die Lösung der Stadt (Securitas zu Stosszeiten an den Fussgängerstreifen und neue Verkehrsführung) eine passable Lösung sein wird, muss die Zukunft zeigen. Und auch der oft gelobte Zentralplatz ist manchen ein Dorn im Auge: Viele AutofahrerInnen hielten sich nicht an die Geschwindigkeitsvorgaben und vor allem für Kinder und alte Leute sei es gefährlich, den Platz zu überqueren, obwohl – oder

gerade weil – sie eigentlich Vortritt hätten. Ausmerzen könnte man diese Gefahren, indem man den «Platz für privaten motorisierten Verkehr (besser noch für den gesamten motorisierten Verkehr)» sperrt. Oder doch zumindest mit «Rücksicht, Ruhe, Respekt und Anstand». Doch nicht beim motorisierten Individualverkehr, sondern auch beim Velo- und Fussverkehr ist noch einiges verbesserungswürdig. Manche stören sich an den rasanten Velofahrten in der Nidaugasse und auf den Trottoirs, andere vermissen sichere Veloabstellplätze in der Stadt oder besser ausgebaute Velowege.

Die Umfrage hat gezeigt, dass es in Biel in Sachen Verkehr mannigfaltige Probleme zu lösen gibt. Für ein sicheres, respektvolles und harmonisches Miteinander können auch die Grünen Biel sorgen, indem sie zuhören, sich Lösungen überlegen und entsprechende Vorstösse und Aktionen planen und durchführen. Die AG Ökologie ist zurzeit daran, ein Verkehrspapier auszuarbeiten, das Anfang 2006 vorgestellt werden soll. Interessierte melden sich bei Urs Scheuss (urs.scheuss@gruene-biel.ch).

Bettina Epper

### Talon

Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Adresse: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_  
e-mail: \_\_\_\_\_

Je m'intéresse à  
Grüne Biel Les Verts Bienne.  
Veuillez me contacter.

Grüne Biel Les Verts Bienne  
cp/PF 665  
2500 Biel/Bienne

### Impressum

Rédaction: Bettina Epper.  
Impression: Widerdruck, Berne.  
Lithos: Graphix, Berne.

## gb.bewegt | agir

### Arbeitsgruppe Ökologie

Kontakt | contact: Urs Scheuss  
e-mail: urs.scheuss@gruene-biel.ch

### Groupe de travail Questions sociales, intégration et femmes

Kontakt | contact: Claire Magnin  
e-mail: magnin.ch@worldonline.ch

### Kontakte | contact

Grüne Biel Les Verts Bienne  
Urs Scheuss  
cp/PF 665, 2500 Biel/Bienne  
Tel. 032 322 13 31  
e-mail: urs.scheuss@gruene-biel.ch